Österreichische Post AG/Sponsoring.Post 14Z039949 S
Absender: Ökosoziales Forum Österreich & Europa, Herrengasse 13, 1010 Wien

denk.stoff 1 | 2025
Ideen aus dem Ökosozialen Forum

© Shutterstock/ Nairfy

Uns bleibt immer noch Paris …

Die Bilanz der Klimakonferenz in Brasilien fiel bescheiden aus. Singuläre Themenzugänge sind starken konjunkturellen Schwankungen unterworfen. Es ist Zeit, Umwelt, Wirtschaft und Soziales zusammen zu denken.

Der Präsident der Weltklimakonferenz (COP) verkündete mit einem Hammerschlag die Einigung. Im Saal brach tosender Jubel aus. „Heute hat die Welt ein Rettungsseil bekommen", „ein monumentaler Erfolg für die Völker des Planeten", „Zeichen der Hoffnung", „Wendepunkt für die Welt" waren die überschwänglichen Kommentare aus der europäischen, internationalen, deutschen, US-amerikanischen Politik. In diese positive Bewertung stimmten auch Umweltschutz-Gruppen und Klimawissenschaft ein. Die COP, die Weltklimakonferenz, war ein voller Erfolg und brachte das Bekenntnis von 195 Staaten, gegen die Klimakrise vorzugehen. Am 12. Dezember 2015 endete die COP 21 in Paris. Zehn Jahre später ist die Stimmung am Ende der Klimakonferenz in Belém eine andere. Ernüchterung wäre als Charakterisierung wohl noch zu positiv.

Klimakrise von den Schlagzeilen in den Alltag

Vor zehn Jahren wurde das Pariser Klimaabkommen geschlossen. Der globale Temperaturanstieg sollte jedenfalls unter +2 °C und möglichst unter +1,5 °C gehalten werden. Das 1,5-Grad-Ziel ist nicht mehr erreichbar, auch die zwei Grad werden mittlerweile schwierig. Während globale CO_2-Emissionen hoch bleiben und die Klimakrise durch Krieg, Sicherheitsfragen, Teuerung und Budgetzwänge aus den Schlagzeilen und von der politischen Agenda verdrängt werden, zeigen die Entwicklungen eindrücklich: Klimawandel findet statt – heute.

Der Zweite Sachstandsbericht Klimawandel, der im Sommer veröffentlicht wurde, macht deutlich: Österreich zählt zu den besonders betroffenen Regionen Europas. Österreich erwärmt sich mehr als doppelt so schnell wie der globale Durchschnitt. Seit 1900 ist die durchschnittliche Temperatur in Österreich um rund 3,1 °C gestiegen. Die Folgen: mehr Extremwetterereignisse wie Hitzewellen, Dürreperioden, Starkregen und Muren. Die Schäden treffen die Land- und Forstwirtschaft, unser Gesundheitssystem, die Infrastruktur, Tourismus und Ökosysteme.

Der Sachstandsbericht beziffert die gesamten Klima-Schäden für Österreich auf eine Größenordnung von rund 2 Mrd. Euro pro Jahr. Allein die Hochwasserereignisse im September 2024 verursachten laut Abschätzungen Schäden in der Höhe von 1,3 Mrd. Euro. Die Infrastrukturschäden sind mangels verfügbarer Daten dabei noch nicht berücksichtigt.

Der Preis des Nicht-Handelns steigt. Allein Klimaschutz kostet Geld und kommt auch jenen zugute, die nichts tun. Klimaanpassung scheint da schon auf mehr Akzeptanz zu stoßen, kann sie doch einen Wirtschaftsmotor darstellen, der in Zeiten eher trister Wachstumsaussichten willkommene Impulse liefern kann. So rechnet beispielsweise das wirtschaftsorientierte EcoAustria, dass Klima-Anpassungsmaßnahmen bis zu 26.000 zusätzliche Arbeitsplätze, einen Rückgang der Arbeitslosenquote um 0,3 Prozentpunkte sowie einen jährlichen BIP-Zuwachs von 13 Mrd. Euro bringen kann.

Vielleicht ist es tatsächlich an der Zeit, Klimaschutz und Klimaanpassung nicht als isolierte Umweltaufgaben zu sehen. Sondern auch als eine Chance für eine zukunftsfähige Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Gebäudesanierung kann hier eine offensichtliche Brücke schlagen, die alle drei Nachhaltigkeitsaspekte abdeckt. Gebäude sind laut Umweltbundesamt für zehn Prozent der Treibhausgas-Emissionen in Österreich verantwortlich. Zusätzlich verbessert eine Sanierung den Wohnkomfort spürbar: gleichmäßigere Temperaturen, weniger Zugluft, weniger Feuchteprobleme – und im Sommer bleibt die Hitze draußen, was angesichts steigender Hitzetage zu einem wichtigen Gesundheitsthema wird – nicht nur für Ältere und Kranke. Auch ökonomisch lohnt es sich: Sanierte Gebäude erzielen höhere Marktwerte, vermeiden Folgeschäden wie Schimmel oder Frostabplatzungen und Sanierungen erhöhen die regionale Wertschöpfung. Für eine Dekarbonisierung bis 2040 müsste sich laut dem Institut für Immobilien, Bauen und Wohnen die jährliche Sanierungsquote von 1,5 Prozent auf 2,8 Prozent verdoppeln.

Klimaschutz braucht integrierte Politik

Auch wenn kurzfristig andere Themen wie Energiepreise, Wirtschaftsfragen oder soziale Schieflagen die Schlagzeilen dominieren, verschwinden die ökologischen Herausforderungen nicht. Die Klimakrise macht keine Pause, nur weil sich politische Debatten gerade um andere Fragen drehen. Eine zukunftsfähige Politik geht die großen Fragen mit einer integrierten Strategie an. Die Ökosoziale Marktwirtschaft kann hier als Kompass dienen. Integraler Bestandteil und erster Schritt wären Rahmenbedingungen, die eine langfristige Planungssicherheit bieten. Das heißt nicht, dass sich die Instrumente nicht ändern können, wenn die Evaluierung die Wirksamkeit einzelner Regelungen in Frage stellt. Aber die Richtung, das grundlegende Bekenntnis, sollte beibehalten werden. Sonst bleibt irgendwann auch Paris – wenn überhaupt – nur mehr eine Erinnerung. ■

FAKTEN

6 % betrug 2023 der Anteil der EU an den weltweiten Treibhausgasemissionen 1990 waren es noch 15,2 %.

Der Verkehr ist für fast **30 %** der gesamten CO_2-Emissionen der EU verantwortlich. Er ist der einzige Bereich, in dem die Emissionen seit 1990 gestiegen sind.

Das WIFO schätzte die Kosten des Nichthandelns beim Klimaschutz für die öffentliche Hand in Österreich schon 2024 auf

5,4 bis **7,0 Mrd. €** pro Jahr.

Rund **10 %** der gesamten Treibhausgasemissionen in Österreichs kommen aus der Landwirtschaft.

Kluge Klimapolitik setzt auf grünes Wachstum

Budgetzwänge, Kriege, Handelskonflikte und die globalen Sicherheitsüberlegungen verdrängen die Klimapolitik von der politischen Agenda. denk.stoff sprach mit Umweltökonomin Angela Köppl und Elfriede More, für internationale Klima- und Umweltfragen verantwortliche Abteilungsleiterin im BMLUK, über klimapolitische Notwendigkeiten und die Möglichkeiten, Klimaanliegen mit zukunftsgerichteter Standortpolitik und Sozialverträglichkeit zu kombinieren.

UN-Generalsekretär António Guterres hat bei der Klimakonferenz in Belém gemeint, wir sind gescheitert. Ist das tatsächlich der Fall?

Angela Köppl: Nicht völlig gescheitert, würde ich sagen. Aber bei den Zielen des Paris-Abkommens gibt es noch große Lücken.

Elfriede More: Wir haben vor zehn Jahren das Pariser Klimaübereinkommen beschlossen, mit dem Ziel, den globalen Temperaturanstieg auf zwei Grad bzw. 1,5 Grad zu begrenzen. Davon sind wir weit entfernt. Das Pariser Übereinkommen hat aber Nationale Klimapläne (NDC) gebracht. Sie sind vielleicht nicht alle ambitioniert. Aber ohne sie wäre – so eine aktuelle Analyse – der Temperatur anstieg wahrscheinlich bei vier Grad. Aktuell sind wir mit den umgesetzten und geplanten Maßnahmen bei etwa 2,5 bis 2,8 Grad.

War das 1,5-Grad bzw. 2-Grad-Ziel zu ambitioniert?

More: Wir brauchen ambitionierte Ziele. Die wissenschaftliche Datenlage ist klar: Unter zwei Grad lassen sich mit Klimaanpassungsmaßnahmen manche Auswirkungen noch abfedern. Darüber werden manche Länder mit den negativen Folgen nicht mehr umgehen können.

Köppl: Die Ziele waren nicht zu ambitioniert. Aber die Botschaft, dass wir für die Zielerreichung einen grundlegenden Strukturwandel brauchen, ist nicht angekommen.

Wurden bei der Klimakonferenz Fortschritte erzielt?

More: Das Ergebnis der COP 30 in Belém war speziell in puncto Emissions-Minderung kein Fortschritt. Aber auch kein Rückschritt – das allein hat viel Energie gekostet. In Belém gab es aber nicht nur politische Verhandlungen. Viele Unternehmen haben Lösungen präsentiert, viele leben bereits die Transformation.

Stop-and-go-Politik schadet dem Wirtschaftsstandort

Köppl: Unternehmen brauchen aber die entsprechenden Rahmenbedingungen. Nur so können sie die vorhandenen Technologien skalieren. Und hierbei fehlt es schon noch an den entsprechenden Regelungen – auch in der EU. Grundsätzlich ist die EU-Energie- und Klimapolitik mit dem „Fit for 55"-Paket gut aufgesetzt. Aktuell sehen wir aber großen Druck, dass Maßnahmen wieder aufgeweicht werden oder später in Kraft treten. Unternehmen brauchen aber stabile Rahmenbedingungen, die in die Zukunft reichen. Klare Rahmenbedingungen können Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen stärken.. Das ist für den Wirtschaftsstandort enorm wichtig. Mit einer Stop-and-go-Politik ist das nicht möglich.

Die Förderintensität der vergangenen Jahre in Österreich steht unter Kritik. Wurde überfördert?

More: Es braucht Rahmenbedingungen und Vorgaben. Und es braucht auch Unterstützung für freiwillige Maßnahmen. In Zeiten von knappen öffentlichen Budgets ist es schwierig, große Förderprogramme zu machen. Die Mittel, die es nach wie vor gibt, müssen so effizient wie möglich eingesetzt werden.

Köppl: Ich habe überhaupt nichts gegen Förderungen. Aber Förderprogramme brauchen klare Programmzielsetzungen und ein strenges begleitendes Monitoring. Und letztlich den Mut, auch entsprechende Anpassungen vorzunehmen. Besonders in budgetär schwierigen Situationen muss ich schauen, wo Fördermittel den höchsten Effekt erzielen. Und natürlich muss ich auf der anderen Seite, vielleicht kontraproduktive Förderungen streichen.

Welche kontraproduktiven Förderungen wären das?

Köppl: Förderungen werden und wurden mit einem bestimmten Zweck eingeführt. Zusätzlich können sie aber nicht erwünsche Nebeneffekte haben. Das ist typisch für umweltschädliche Subventionen. Und gerade vor dem Hintergrund budgetärer Knappheiten und der Dringlichkeit, Emissionen zu reduzieren, sollten Förderungen mit klimaschädlichen Wirkungen hinterfragt und reformiert werden. Wir wissen, im Verkehrsbereich gibt es eine Reihe von Förderungen, die nicht mehr zeitgemäß sind. Bei der Wohnbauförderung könnten Reformen dazu beitragen, Zersiedelung oder Verkehrserregung zu verringern, oder besser, zu vermeiden.

More: Zu den kontraproduktiven Subventionen wurde eine Arbeitsgruppe im Finanzministerium eingerichtet. Die Empfehlungen werden für das späte Frühjahr erwartet. Vor dem Hintergrund der Budgetkonsolidierung wird es darum gehen, wie die Mittel so eingesetzt werden, dass sie den bestmöglichen Effekt erzielen. Und es gibt natürlich immer die Abwägung, welches Ziel will man erreichen – soziale Ziele, Klimaschutz etc. Das wird natürlich diskutiert.

Ist das Klima überhaupt noch auf der politischen Agenda?

More: Hier hat sich aufgrund der wirtschaftlichen und geopolitischen Lage in Europa vieles geändert. Dennoch gibt es weiterhin das klare Bekenntnis zum Klimaschutz mit den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die es der europäischen Industrie ermöglichen, wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Energiewende geht voran – auch weltweit. Die europäische Industrie muss die Chancen für grünes Wachstum nutzen.

Köppl: Die Klimapolitik steht unter Druck. Das Emissionshandelssystem ETS 2 startet nun ein Jahr später. Auch die Debatte um das Aus für den Verbrennermotor ist unter Wettbewerbs- und Standortüberlegungen ein unglückliches Beispiel. Technologisch fallen wir damit weit hinter die Chinesen zurück. Das können wir kaum mehr wettmachen.

Welche Rolle spielten in Belém die wenig entwickelten Länder, Inselstaaten und indigenen Bevölkerungsgruppen?

More: Speziell bei der internationalen Klimafinanzierung ist klar, dass der Schwerpunkt der Maßnahmen auf kleinen Inselstaaten, den am wenigsten entwickelten Länder und indigenen Völkern liegen muss. Aber großen sogenannte Schwellenländer, die im Rahmen der UNO noch als Entwicklungsländer gelten, auch wenn sie vielleicht ein höheres BIP haben als manche europäischen Länder, versuchen diese Fokussierung zu verhindern. Die Bremser sind weniger die Industriestaaten, sondern Schwellenländer, die sich als Entwicklungsländer sehen.

Ist die Möglichkeit, Zertifikate im Ausland zu kaufen, ein Problem?

Köppl: Die Erfahrungen unter dem Kyoto-Regime mit dem Clean Development Mechanism (CDM) und der Joint implementation (JI) waren denkbar schlechte. Die EU hat diese Möglichkeit nun mit fünf Prozent der Einsparungen und auf High Quality Zertifikate beschränkt. Persönlich bin ich aufgrund der bisherigen Erfahrungen nach wie vor keine besondere Freundin davon. JI- und CDM-Zertifikate haben letztlich aufgrund der Menge an billigen Zertifikaten zu einem Verfall des ETS-Preises geführt.

Dranbleiben, auch wenn es andere Prioritäten gibt

Was wären Ihre Ratschläge für die österreichische und europäische Klimapolitik der nächsten fünf bis zehn Jahre?

More: Dranbleiben, auch wenn es andere Schwerpunkte gibt. Wir werden weiterhin einen ambitionierten Klimaschutz brauchen, wirtschaftlich und sozial verträglich.

Köppl: Klimapolitik auch als Wettbewerbspolitik und Standortpolitik sehen. Bei den Kosten auch künftige zu erwartende Kosten durch den Klimawandel in aktuelle Entscheidungen einbeziehen. ■

Angela Köppl (l.), bis 2025 Energie- und Umwelt-Ökonomin am WIFO, und Elfriede More (r.), Leiterin der Abteilung Internationale Klima- und Umweltangelegenheiten im Klimaministerium, im Gespräch über die notwendigen Schritte in der Klimapolitik.

Lebensmittelverschwendung: ein unterschätztes Klimaproblem

In Österreich werden jährlich über eine Million Tonnen genussfähige Lebensmittel weggeworfen. Diese Verschwendung bedeutet nicht nur finanzielle Verluste, sondern auch die Vergeudung wertvoller Ressourcen wie Boden, Wasser, Energie und Luft.

Wir alle haben jeden Tag mit Lebensmitteln zu tun. Weniger in aller Munde ist das Thema Lebensmittelverschwendung: das harte Brot, das sich kaum mehr schneiden lässt; die Karotte, die zu schimmeln beginnt; die gekochten Nudeln, die nicht schmecken. Wir alle werfen das eine oder andere Lebensmittel in den Müll – jährlich werden in Österreich pro Kopf rund 131 Kilogramm Lebensmittel weggeworfen. Die Gründe sind mannigfaltig.

Verschwendung und Klima

Lebensmittelverschwendung entsteht nicht nur bei uns zu Hause, sondern entlang der gesamten Wertschöpfungskette – von der Landwirtschaft über die Verarbeitung bis hin zum Handel. Während in Österreich jährlich über eine Million Tonnen genussfähige Lebensmittel weggeworfen werden, belaufen sich die weltweiten Verluste laut der FAO auf 1,3 Milliarden Tonnen pro Jahr. Diese Verschwendung hat Konsequenzen für Umwelt und Klima: Sie trägt zwischen acht und zehn Prozent zu den globalen Treibhausgasemissionen bei. Wäre Lebensmittelabfall ein Land, hätte es nach China und den USA den drittgrößten Treibhausgasausstoß. Die EU hat sich deshalb zum Ziel gesetzt, die Lebensmittelverschwendung pro Kopf bis 2030 zu halbieren.

Klimawirkungen am Beispiel Brot

Die klimatischen Auswirkungen von Lebensmittelabfällen in Österreich werden eindrücklich am Beispiel Brot besonders deutlich. Brot und Gebäck sind die Lebensmittel, die hierzulande am öftesten weggeworfen werden – insgesamt über 210.000 Tonnen im Jahr. Das sind 23 Kilogramm Brot pro Person oder etwa 430 Semmeln jährlich. Laut dem Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg entspricht das 126.000 Tonnen CO_2-Äquivalenten, die unnötig in der Atmosphäre landen. Damit können 26.600 benzinbetriebene Autos ein Jahr lang fahren.

Lebensmittelverschwendung ist ein Problem – in Österreich und weltweit. Jedes nicht verschwendete Lebensmittel ist daher auch ein Beitrag zum Klimaschutz. Was wir alle gegen Verschwendung von Lebensmittel tun können, zeigt das Projekt „Isst das jemand? Gemeinsam gegen Lebensmittelverschwendung!“ Das Ökosoziale Forum und Die Tafel Österreich setzen sich darin für einen verantwortungsbewussten Umgang mit Lebensmitteln ein. ■

☞ www.oekosozial.at/isst-das-jemand/

3 FRAGEN AN...

Norbert Totschnig

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft

#1 Welche Klimafolgen machen Ihnen am meisten Sorgen?
Der Klimawandel trifft besonders stark die Land- und Forstwirtschaft. Unsere Bäuerinnen und Bauern arbeiten täglich in und mit der Natur und sind deshalb von Extremwetterereignissen betroffen. Auch unsere Wälder stehen vor enormen Herausforderungen hinsichtlich der steigenden Schadholzmengen. Die Folgen des Klimawandels wirken sich auch direkt auf die CO_2-Speicherfähigkeit unserer Wälder aus, obwohl die Waldfläche in Österreich zunimmt. Klimawandelanpassung ist daher das Gebot der Stunde. Unsere land- und forstwirtschaftlichen Betriebe leisten dazu bereits einen Beitrag, beispielsweise nehmen rund 80 % freiwillig am Agrarumweltprogramm teil.

#2 Wo ist beim Klimaschutz der größte Handlungsdruck?
Österreich befindet sich im dritten Jahr in Folge in einer Rezession. Klimapolitik muss daher eng mit Wettbewerbsfähigkeit und Standortsicherung verbunden werden. In der EU mangelt es nicht an Ambitionen, das haben wir mit dem neuen EU-Klimaziel 2040 bewiesen. Dieses setzt den Rahmen, um EU-weit bis 2050 klimaneutral zu werden. Entscheidend ist, die nachhaltige Transformation kosteneffizient voranzutreiben und Leitmärkte für in Österreich produzierte nachhaltige Produkte zu schaffen sowie den Ausbau erneuerbarer Energieträger voranzutreiben.

#3 Was ist Ihr wichtigstes Vorhaben im Klimabereich im kommenden Jahr?
2026 wird auf EU-Ebene von der Umsetzung des Klimaziels 2040 geprägt sein. Ab der zweiten Jahreshälfte erwarten wir Vorschläge der Europäischen Kommission zu den konkreten Maßnahmen. National setze ich mich weiterhin prioritär für ein österreichisches Klimagesetz ein und arbeite an der Umsetzung der Wiederherstellungsverordnung sowie an einer effizienteren Umweltverträglichkeitsprüfung. Wichtig bleibt die Stärkung der Kreislaufwirtschaft sowie der forst- und holzbasierten Bioökonomie. Prioritär ist auch die Sicherstellung einer GAP über 2027 hinaus, um unseren österreichischen Weg einer ökosozialen Agrarpolitik fortsetzen zu können.

Die wunderbare Welt der Bioökonomie

Verpackung aus Algen, Kosmetika aus Abfällen der Papierindustrie – geht alles schon und ist Teil eines ebenso faszinierenden wie aufstrebenden Wirtschaftsmodells.

Die Bioökonomie verbindet ökologisches Denken mit wirtschaftlichem Handeln. Sie zielt darauf ab, Umwelt- und Klimaschutz mit einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft zu vereinen, indem fossile Rohstoffe nach und nach durch erneuerbare Materialien und Energieträger ersetzt werden. Und das mit Erfolg.

Bereits heute erwirtschaftet der österreichische Bioökonomiesektor mit über 35.000 Unternehmen und mehr als 400.000 Beschäftigten einen Jahresumsatz von rund 180 Milliarden Euro. Sie trägt rund 812 Milliarden Euro zum heimischen Bruttoinlandsprodukt bei – das sind rund acht Prozent. Bioökonomie ist damit auf Augenhöhe mit der Autoindustrie.

Europa war lange Zeit führend im Bereich Bioökonomie. Angesichts wachsender Konkurrenz aus den USA und China, droht Europa aber ins Hintertreffen zu gelangen, warnte Cornelia Frentz, Director Governance and Sustainable Investing des European Circular Bioeconomy Fund beim Bioeconomy Austria Summit im November in Wien. Mit der neuen, Ende November veröffentlichten Bioökonomie-Strategie will die EU-Kommission gezielt gegensteuern und durch die Sicherung einer nachhaltigen Nutzung von Biomasse die Wettbewerbsfähigkeit stärken sowie die Widerstandskraft der europäischen Wirtschaft erhöhen. Die EU-Bioökonomiestrategie zielt darauf ab, dieses Potenzial zu erschließen, indem Innovationen und Investitionen ausgeweitet und Leitmärkte für biobasierte Materialien und Technologien entwickelt werden.

Das bedeutet auch Chancen für Innovationen aus Österreich und die Produkte, die in diesem Bereich entwickelt werden. So werden etwa Wasserpflanzen aus der Donau, die im Sommer zur Sicherung der Wasserqualität regelmäßig gemäht werden müssen, als biogener Rohstoff genutzt – zum Beispiel für die Herstellung nachhaltiger Verpackungsmaterialien. Auch in der Kosmetikindustrie gewinnen biobasierte Stoffe an Bedeutung: Ein Forschungsprojekt der Universität Graz entwickelt auf Basis industriell verfügbarer, erneuerbarer Rohstoffe leistungsstarke Tenside, die später in Körperpflege, Reinigungsmitteln oder Kosmetika Anwendung finden.

Ein weiteres Beispiel, mit dem die meisten von uns wahrscheinlich sogar täglich in Berührung kommen, ist Viskose. Aus Holz entsteht dabei eine Textilfaser, die fossile Rohstoffe wie Polyester ersetzt. Solche Anwendungen zeigen, wie alltagsnah und zukunftsweisend Bioökonomie sein kann. Sie macht deutlich, dass der Wandel zu nachhaltigen Materialien längst begonnen hat – und dass wir ihn mit jedem Produkt, das wir nutzen, aktiv mitgestalten können. Jetzt muss nur noch der emotionale Funke überspringen, um solche Anwendungen in die Breite zu bringen. ■

Um mindestens **55 %** will die EU ihre Netto-Treibhausgasemissionen bis 2030 gegenüber 1990 reduzieren und bis 2050 klimaneutral werden. Das Fit für 55-Paket unterstützt dieses Ziel.

Laut Lebenserwartungsrechner hat ein heute **55-jähriger Mann** noch knapp 27 Lebensjahre vor sich. Eine Frau kann im gleichen Alter noch etwas über 30 Jahre erwarten. Frauen verbringen oft mehr Lebensjahre mit chronischen Krankheiten oder Einschränkungen.

Bei einem Bruttoeinkommen von **55.000 €** im Jahr bleiben für Angestellte ohne Sachbezug, Pendlerpauschale oder Freibeträge 38.283,40 Euro netto (dies entspricht dem erwarteten Medianeinkommen für ganzjährig Vollzeitbeschäftigte in Österreich).

Uni **55-PLUS** ist ein universitäres Bildungsangebot der Universität Salzburg für Personen ab 55 Jahren auch ohne Matura. Studienabschluss können Teilnehmende nicht machen.

Nach **55 Jahre Ehe** wird die Platinhochzeit gefeiert. Die mittlere Dauer aller geschiedenen Ehen betrug 2024 10,4 Jahre.

Ein **55-Zoll-Fernseher** hat eine Bildschirmdiagonale von etwa 140 Zentimetern

Um **55 Mio. Euro** will die Österreichische Post 70 % des bulgarischen E-Commerce-Unternehmens euShipments.com übernehmen.

Im Sommer kündigten die USA an, alle **55 Millionen** ausländischen Staatsbürger:innen mit gültigen US-Visa im Land kontinuierlich zu überprüfen.

Im April **vor 55 Jahren** funkte die Besatzung des Raumschiffs Apollo 13 nach der Explosion eines Sauerstofftanks: „Houston, wir hatten ein Problem,” an die Kommandozentrale.

denk.anstoß

von Hans Mayrhofer
Generalsekretär des Ökosozialen Forums Österreich & Europa

Der Ruf nach mehr und billigerem Strom wird seit Jahren in Österreich lauter und lauter. Doch während die öffentliche Debatte Fahrt aufnahm, bleibt eine entscheidende Frage unbeantwortet – ja, sie wurde meist gar nicht gestellt: Warum gelingt es nicht, ausreichend günstigen, erneuerbaren Strom bereitzustellen?

Wir importieren jährlich um circa 10 Mrd. Euro Energie – vor allem Öl und Gas. Das belastet nicht nur unsere Klima-, sondern auch unsere Außenhandelsbilanz. Das sollte Anreiz genug sein, politisch die Weichen in Richtung regionale und erneuerbare Energie zu stellen.

Nach mehr als vier Jahren und bereits laufenden EU-Vertragsverletzungsverfahren gab es nun doch noch eine Einigung beim Elektrizitätswirtschaftsgesetz (ElWG). Trotz noch bestehender – durchaus berechtigter – Kritikpunkte hat sich letztlich die politische Vernunft durchgesetzt. Die guten Nachrichten zuerst: Es gibt einen Beschluss und damit konnten die Unsicherheiten der vergangenen Monate beseitigt und für Betreiber:innen Rechtssicherheit geschaffen werden. Den Grünen gelang es, auf der Zielgerade noch Korrekturen in das nun beschlossene Gesetz einzubauen, mit denen zumindest einige grobe Unsinnigkeiten verhindert wurden. Die Einspeiseentgelte für Erzeuger:innen greifen nun erst ab 15 kW. PV-Anlagen bis 20 kW netzwirksamer Leistung können weiterhin kostenfrei in das Stromnetz einspeisen. Für größere Anlagen gilt ab 2027 ein fixer Beitrag von 0,05 Cent pro Kilowattstunde. Auch die jährlich variierenden Netznutzungsentgelte sind einem fixen Versorgungsinfrastrukturbeitrag gewichen. Das schafft größere Berechenbarkeit. Die PV-Spitzenkappung bei neuen PV-Anlagen schützt dennoch die Netzkapazität im Gesamtsystem und schafft einen Anreiz zum Eigenverbrauch.

Die Benachteiligung von inländischer Energieerzeugung und eine Verzerrung des Wettbewerbs konnte damit abgefedert werden. So werden die notwendigen Investitionen in lokale Energieerzeugung zumindest nicht gänzlich unattraktiv.

Mehr Angebot senkt in einer Marktwirtschaft die Preise. Und mehr Angebot entsteht durch den Ausbau erneuerbarer Energien. Das Ermöglichen von neuen Businessmodellen und die Integration von Speicherlösungen auf allen Netzebenen steigert nicht nur die Versorgungssicherheit, sondern wirkt auch preisdämpfend. ■

20.01. – 29.01.

Wintertagung 2026

Die Informations- und Diskussionsveranstaltung zur Agrarpolitik und landwirtschaftlichen Praxis steht im kommenden Jahr unter dem Titel: **„Schnäppchenjagd im Feinkostladen – der wahre Preis billiger Landwirtschaft“.**

wintertagung.at

LESENSWERT!

Faktensammlung: Vom Acker zum Teller – und darüber hinaus

Innovationen für ein Ernährungssystem der Zukunft

Die Broschüre beleuchtet den Beitrag von Forschung und Innovation zur Klima-Anpassung der Landwirtschaft und damit zur Sicherung unserer Ernährungsgrundlagen. Aktuelle Forschungsergebnisse zeigen, wie es gehen kann.

oekosozial.at

IMPRESSUM & OFFENLEGUNG GEM. §25 MEDIENGESETZ

Herausgeber & Verleger: Ökosoziales Forum Österreich & Europa, Herrengasse 13, A-1010 Wien, ZVR-Zahl: ZVR 759206393, Telefon: +43 (0) 1/253 63 50-0, info@oekosozial.at, www.oekosozial.at

Redaktion: Michaela Hickersberger (Leitung), Hans Mayrhofer, Flavia Forrer, Johanna Kramer | Layout & Satz: Daniela Leregger | Druck: Druckerei Janetschek GmbH, 3860 Heidenreichstein | Nachdruck und fotomechanische Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Offenlegung gem. § 25 Mediengesetz: Medieninhaber: Ökosoziales Forum Österreich & Europa, Herrengasse 13, A-1010 Wien, ZVR-Zahl: 759206393 | Vereinszweck: Das Ökosoziale Forum dient der Weiterentwicklung, Vertiefung und Verbreitung des ökosozialen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells, das auf den europäischen Werten im Sinne der Charta der Grundrechte der Europäischen Union beruht und in dem Marktwirtschaft, sozialer Zusammenhalt und Ökologie gleichrangig miteinander verbunden sind und nachhaltig betrieben werden.

Geschäftsführung: Hans Mayrhofer | Mitglieder des Vorstandes: Stephan Pernkopf, Franz Fischler, Josef Riegler, Franz-Josef Radermacher, Erwin Hameseder, Monika Langthaler, Veronika Mickel-Göttfert, Wilhelm Molterer, Felix Montecuccoli, Eva Schulev-Steindl, Josef Taucher, Daniela Andratsch, Christoph Badelt, Stephan Büttner, Anna Doblhofer-Bachleitner, Andreas Freistetter, Matthias Gauly, Hermine Hackl, Hubert Hasenauer, Max Hiegelsberger, Thilo Hofmann, Reinhard Mang, Josef Moosbrugger, Konrad Mylius, Siegfried Nagl, Michael Oliver, Bernhard Rebernig, Rupert Sausgruberm Andrea Schnattinger, Friedrich Schneider, Alois Schwarz, Jonathan Steffens, Georg Strasser | Grundlegende Richtung: denk.stoff liefert Denkanstöße zu Fragen der Nachhaltigkeit und berichtet über aktuelle Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Jede Ausgabe setzt sich aus Analysen, Interviews und Buchtipps zusammen. Veröffentlichte Texte und Bilder gehen in das Eigentum des Verlages über, es kann daraus kein wie immer gearteter Anspruch, ausgenommen allfällige Honorare, abgeleitet werden. | Die Offenlegung gem. § 25 Mediengesetz ist auch unter oekosozial.at/denk-stoff/offenlegung-gem-§-25-mediengesetz abrufbar.

PEFC™ PEFC/06-39-03

qualityaustria SYSTEMZERTIFIZIERT ISO 9001:2015 NR.16408/0

Holzprodukte als unterschätzte Klimasenke – und warum die Bilanzierung angepasst werden muss

Holzprodukte speichern große Mengen CO_2 – doch ein beträchtlicher Teil dieser Senkenleistung scheint in den Klimabilanzen nicht auf. Nach aktuellen Analysen des Umweltbundesamtes betrifft das rund drei Millionen Tonnen CO_2 jährlich, die real gebunden sind, aber in keiner nationalen Statistik aufscheinen. Parallel warnen führende forstliche Forschungsanstalten, dass Wälder als Senke zunehmend unter Druck geraten und Klimaziele stärker an ökologischen Grenzen ausgerichtet werden müssen.

Nach dem Wald sind Holzprodukte Österreichs zweitgrößte Kohlenstoffsenke. In langlebigen Anwendungen, etwa im Bau, bleibt der Kohlenstoff über Jahrzehnte gespeichert. Doch diese Speicherleistung wird nur teilweise erfasst. Der Grund liegt im derzeit geltenden „Produktionsansatz“ der EU- und IPCC-Regeln: Angerechnet werden nur jene Holzprodukte, deren Rohstoff in Österreich geerntet wurde. Holzprodukte aus importiertem Rundholz – obwohl sie hierzulande erzeugt und genutzt werden – bleiben unberücksichtigt. Die Folge ist eine jährliche Lücke von etwa drei Millionen Tonnen CO_2, die weder dem Erzeuger- noch dem Verarbeitungsland zugerechnet werden. Die Vertretung der Wertschöpfungskette Holz fordert deshalb eine Modernisierung der Bilanzierungsregeln und eine EU-weite Gesamtbetrachtung der Holzflüsse. Ebenso müssen die LULUCF-Zielwerte an die Realität angepasst werden und nicht nur historische Entwicklungen fortschreiben. Denn hundertjährige Wälder können bei weitem nicht mehr so viel CO_2 aufnehmen wie 40–60-jährige Bestände.

Neben dieser Speicherwirkung wirkt Holz ein zweites Mal positiv auf das Klima: durch den Substitutionseffekt. Wenn Holz statt emissionsintensiver Materialien wie Beton oder Stahl eingesetzt wird, sinken die Treibhausgasemissionen in anderen Bereichen, wie z. B. der Bauwirtschaft deutlich. Diese Einsparungen werden in den jeweiligen Sektoren korrekt verbucht – allerdings nicht im LULUCF-Bereich, also jenem Teil der Klimabilanz, der ausschließlich die CO_2-Bilanz von Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft abbildet. Das führt in politischen Debatten oft zu Missverständnissen über den Gesamtbeitrag der Holznutzung.

Die forstlichen Forschungsanstalten weisen zudem auf ökologische Grenzen hin. Wälder sind zentrale Kohlenstoffspeicher, ihre Senkenleistung wird jedoch klimawandelbedingt durch Trockenheit, Hitze, Borkenkäfer und Stürme zunehmend volatil. Große Mengen Kohlenstoff können innerhalb kurzer Zeit freigesetzt werden. Stabil bindet der Wald CO_2 nur bei aktiver Bewirtschaftung, durch klimaresiliente, vielfältige Mischbestände und intakte Waldböden. Die Forschenden warnen vor überhöhten Erwartungen an den Waldsektor: Die LULUCF-Ziele müssen die steigenden Risiken realistisch berücksichtigen. Auch CO_2-Zertifikate, die allein auf Nutzungsverzicht basieren, gelten als sehr unsicher, weil Störungen wie zuletzt in Osttirol große Speicherverluste auslösen können.

Um das volle Klimaschutzpotenzial des Waldes nutzen zu können, braucht es einerseits klimafitte Waldbestände, die große Mengen an CO_2 aufnehmen können, und andererseits einen „zweiten Wald“ aus Holz, der das schädliche Treibhausgas in Form von Kohlenstoff in Holzprodukten langfristig aus dem Kohlenstoffkreislauf fernhält. Dazu ist es aber in erster Linie notwendig, den ungehemmten Nachschub an fossilem Kohlenstoff in den biogenen Kreislauf zu unterbinden.

Stabil bindet der Wald CO_2 nur bei aktiver Bewirtschaftung, durch klimaresiliente, vielfältige Mischbestände und intakte Waldböden. Die LULUCF-Ziele müssen die steigenden Risiken realistisch berücksichtigen.

Klimaschutz im Wald- und Holzbereich ist komplex – und politische Entscheidungen brauchen eine solide Wissensbasis.

Vertiefende Informationen und aktuelle Hintergründe finden Interessierte auf www.waldgeschichten.com, einer Plattform, die Forschung, Praxis und faktenbasierte Kommunikation verbindet – das angenehme Waldgefühl darf natürlich auch nicht fehlen.

Bezahlte Einschaltung